



SCHAFFT GERECHTIGKEIT.



ver di

ver.di • Paula-Thiede-Ufer 10 • 10179 Berlin

An
die TeilnehmerInnen der
3. Bundesfachbereichskonferenz
Besondere Dienstleistungen

Petra Gerstenkorn
Mitglied des Bundesvorstandes
Leiterin Ressort 11

Fachbereich 5
Bildung, Wissenschaft und Forschung

Fachbereich 13
Besondere Dienstleistungen

Bildungspolitik

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Zentrale: (0 30) 69 56-0

ORGANISATIONSWAHLEN 2010 / 2011

Bundesfachbereichskonferenz Besondere Dienstleistungen
„Gute Arbeit – Guter Lohn – Gutes Leben!“
am 6./7. Mai 2011 in Berlin

Konferenzordner

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

als Anlage senden wir dir den Konferenzordner der 3. Bundesfachbereichskonferenz Besondere Dienstleistungen. Für die Bereitschaft, an der Konferenz teilzunehmen, bedanken wir uns herzlich.

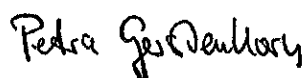
Anreisetag ist Donnerstag, **5. Mai 2011**. Bitte richte deine Anreise so ein, dass du an der um **18:00 Uhr** beginnenden Podiumsveranstaltung mit PolitikerInnen der im Bundestag vertretenen Parteien zum Thema Mindestlohn/Arbeitnehmerfreizügigkeit teilnehmen kannst.

Die Bundesfachbereichskonferenz wird am Freitag, **6. Mai 2011 um 9:00 Uhr** eröffnet. Die Konferenz wird für die Fachgruppenkonferenzen unterbrochen. Das Konferenzende ist für ca. 18:00 Uhr am Samstag, 7. Mai 2011, vorgesehen.

Die Materialien sind hinter den entsprechenden Registerblättern des Ordners einzufügen. Ich bitte dich, die zugesandten Unterlagen mitzubringen – eine Ersatzausgabe ist nicht möglich. Zu Beginn der Konferenz erhältst du nach Abgabe der Einlasskarte am Infocounter weitere Unterlagen und als Delegierte/r deine Stimmkarte. Für Rückfragen steht dir das Team des Projektbüros unter +49 (0) 30 6956 2888 zur Verfügung.

Ich wünsche dir eine angenehme Anreise nach Berlin.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Gerstenkorn

Hinweis für die Teilnehmerinnen der Bundesfachbereichskonferenz der Frauen: Beginn ist am 5. Mai 2011 um 15:00 Uhr, Ende ca. um 17:30 Uhr.

Datum
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen
Tel.-Durchwahl - 20 00
Fax-Durchwahl - 35 00

Gewerkschaftliche Studie zum bedingungslosen Grundeinkommen

1 **Die Bundesfachbereichskonferenz 13 beschließt**

ver.di lässt eine Studie erstellen mit dem Arbeitstitel
"Wie könnte ein gewerkschaftsnahes Konzept zum bedingungslosen Grundeinkommen aussehen?"

5

Begründung

Seit geraumer Zeit wird das Thema BGE in der Gesellschaft auf breiter Front diskutiert, auch innerhalb der Gewerkschaft. Es wird Zeit, dass wir als Gewerkschaft ein fundiertes Konzept dazu finden

10

- als Antwort auf das FDP-Bürgergeld, das eine Art Grundeinkommen mit Bedingungen darstellt,
- als Ergänzung und Stützung der Forderung nach dem Mindestlohn, da die derzeitige Praxis weitgehend Lohndumping fördert und „Fördern und Fordern“ bei den betroffenen Kollegen oft nicht als Hilfe, sondern als Schikane ankommt. Sanktionen nehmen den betroffenen Familien selbst noch das Existenzminimum aufgrund fragwürdiger Rechtsgrundlagen. Ein Klima der Angst ist entstanden. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich entgegen der Versprechungen verfestigt, neu entstanden sind vor allem prekäre Jobs, die oft nicht lebenshaltungsdeckend sind. Dies hat sich in den letzten Jahren als Schaden nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Gewerkschaft als solche erwiesen, weil viele Kolleginnen und Kollegen sind von ihr nicht mehr vertreten fühlen und austreten. Das BGE ist jetzt schon ein kleiner Hoffnungsschimmer für viele Betroffene, die Gewerkschaft sollte stärker aufgreifen,
- ein bedingungsloses Grundeinkommen, das durch vorhandene Sozialleistungen ergänzt wird, könnte als Bollwerk gegen Lohndumping und Willkür dienen und auch die Arbeitsbedingungen der Kollegen in den Argen und Optionskommunen verbessern.
- mit einem Bekenntnis zum und als Ergänzung zu unserem Sozialstaat bismarckscher Prägung, wie es der gewerkschaftlichen Tradition entspricht,
- als Antwort auch auf die immer von Vielen angestrebte Amerikanisierung unseres Sozialstaates (Privatisierung der Lebensrisiken),
- als Ergänzung von bereits bestehenden Forderungen von ver.di, Sozialverbänden und gegebenenfalls Parteien, z.B. im Rahmen des Sanktionsmoratoriums, das Herr Bsirske, ich und viele weitere Kollegen unterstützen.

15

20

25

30

Kompetenz ist genug vorhanden, wir verfügen z.B. bereits über ausgezeichnete Studien der Hans-Böckler-Stiftung, auf die zurückgegriffen werden kann.

35

Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an Bundesvorstand

40

Entscheidung der Bundesfachbereichskonferenz 13

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

"Breite Diskussion über Grundsicherung der Zukunft"

1 Die Bundesfachbereichskonferenz 13 beschließt

Die Gesamtorganisation wird aufgefordert, eine sozialpolitische Diskussion zur „Grundsicherung der Zukunft“ in allen Gliederungen zu führen.

5 Begründung

Nach der BuVerfGerichts-Entscheidung ist in diesem Land die Frage der Grundsicherung neu entbrannt. Die Hartz-Gesetze stehen mehr denn je auf dem Prüfstand und sind in Verruf. Es spielt keine Rolle, ob über eine Erhöhung der Hartz IV-Sätze oder gar eine Absenkung, ob in Sach- oder Geldleistung geleistet, ob über eine Verschärfung der Leistungsbedingungen diskutiert wird, grundsätzlich ist festzuhalten, dass die bisherigen Absicherungen nicht funktionieren:

- enormer Verwaltungsaufwand
- gegeneinander Ausspielung der schon Marginalisierten (Geringverdiener und Hartz IV-Bezieher)
- absurde Förderungen und Forderungen
- Doppel-Last der Steuerzahlenden

Die Erfahrung zeigt, dass das Zusammenlegen von Sozial- und Arbeitslosenhilfe die Situation nicht gebessert, sondern nur verschlimmert hat.

Es zeigt auch, dass Politik an ihrer eigenen Zielsetzung, Menschen in Arbeit zu vernünftigen Konditionen zu bringen gescheitert ist.

Entstanden sind, wenn überhaupt Niedriglohnarbeitsplätze, die mit Steuergeld aufgestockt werden müssen, damit der Arbeitnehmer seine Existenz mehr oder weniger sichern kann. Nebeneffekt ist, dass bislang gut bezahlte Jobs in einen Abwärtstrend geraten und somit das bisherige Lohn- und Gehaltsgefüge erodiert und darüber hinaus die öffentlichen Kassen noch mehr belastet.

Erkenntnis ist auch, dass eine Vollbeschäftigung unter guten Lohnbedingungen immer utopischer erscheint, wenn man den globalen Rahmen hinzuzieht. China, Indien und viele andere Staaten (auch kleinere Drittweltstaaten) wollen ebenfalls am Weltmarkt teilnehmen und treten auch auf dem weltweiten Arbeitsmarkt als Konkurrenten an, nicht mehr nur im Niedriglohnbereich, sondern auch bei hochqualifizierten Jobs und Bezahlungen.

Diese Arbeitnehmer haben ebenfalls ein Recht am weltweiten Arbeitsmarkt partizipieren zu dürfen, was Auswirkungen auch auf unseren Teilmarkt hat und in Zukunft weiterhin haben wird. Die Fragen der Grundsicherung ist hier wie dort nicht befriedigend gelöst.

In Anbetracht dessen ist es notwendig in Deutschland und auf europäischer Ebene eine offene Diskussion über die Grundsicherung der Zukunft zu führen. Dies kann wie oben beschrieben nicht der Politik und den Interessenvertretern der Wirtschaft überlassen bleiben. Die Gesellschaft muss die Oberhoheit in dieser Frage gewinnen.

Es geht grundsätzlich um die Frage: in welcher Gesellschaft wollen wir leben, was sind wir bereit für eine Grundabsicherung zu geben und umgekehrt, was erwarten wir von einer vernünftigen und humanen Absicherung.

Es ist Aufgabe von Verdi hierzu mit alternativen Modellen und Visionen in die politische Diskussion einzusteigen. Dazu ist innerhalb der Mitgliedschaft fernab irgendwelcher Ideologien eine offene Diskussion anzuregen, aus der Konzepte entwickelt und vertreten werden.

50

Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an Bundeskongress

55

Entscheidung der Bundesfachbereichskonferenz 13

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen – die Zeit ist reif

1 **Die Bundesfachbereichskonferenz 13 beschließt**

Die Konferenz des Fachbereichs 13 im ver.di Bezirk Südwestfalen beantragt eine neue Debatte um die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen zu organisieren. Kreative und gute Lösungen zur Verkürzung der Arbeitszeit erfordern eine Neuauflage der Diskussionen um Arbeitszeitverkürzungen in der gesellschaftlichen und in der tariflichen Debatte der Gewerkschaften. Wir fordern die gewerkschaftlichen Gremien auf hierzu die erforderlichen Bedingungen für eine intensive und lösungsorientierte Diskussion zu organisieren und entsprechende Schlussfolgerungen für künftige gewerkschaftspolitische Initiativen und Forderungen zu schaffen.

10 **Begründung**

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise konnten durch den Einsatz der Instrumente der Kurzarbeit viele Arbeitsplätze gerettet werden. Arbeitszeitverkürzung hat sich als wirksames Instrument der Arbeitsplatzsicherung erwiesen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben somit konkrete Erfahrungen sammeln können, die es zu bewerten gilt und die genutzt werden müssen, um einen neuen Einstieg in die Diskussionen um kürzere Arbeitszeiten zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung ist zu einem Erfolgsfaktor zur Sicherung von Beschäftigung geworden.

Aber: Arbeitszeitverkürzung ist für uns Gewerkschaften noch viel mehr. Sie bietet Bedingungen den Bedürfnissen der Menschen nach mehr Zeit für die Familien, nach mehr Freizeit, nach Weiterbildung und mehr Lebensqualität zu entsprechen.

Mit der Debatte um Arbeitszeitverkürzung gilt es ein breites Band an Themen und Forderungen zu verknüpfen. Es geht um die Diskussion um den notwendigen vollen Lohnausgleich, es geht um Überlegungen in welchen Formen und Strukturen die Verkürzung von Arbeitszeit wirksam werden kann und muss.

Es geht nicht zuletzt darum, neue Wege der Tarifpolitik auszuloten, die sowohl die Forderungen nach Lohn- und Gehaltserhöhungen berücksichtigt als auch wieder verstärkt qualitative Elemente guter Arbeit und gutem Lebens aufgreift.

Wer Arbeitsplätze und Beschäftigung für die Zukunft sichern will muss die Arbeitszeitdebatte wieder verstärkt in den Blick nehmen und zu einem mobilisierungsfähigen Element aktiver Gewerkschaftsarbeit entwickeln.

30

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Antrag B 006

35

Entscheidung der Bundesfachbereichskonferenz 13

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung

Arbeitszeit

1 Die Bundesfachbereichskonferenz 13 beschließt

ver.di setzt sich weiterhin für eine flexible Arbeitszeit (Tages- bis Lebensarbeitszeit) ein, die es dem Einzelnen ermöglicht, eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit zu finden und kämpft gegen die von den Arbeitgebern gewünschte Verlängerung der Wochenarbeitszeit sowie gegen die von der Regierung angestrebte weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Außerdem fordert ver.di die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Begründung

10 Innerhalb der verschiedenen Lebensabschnitte muss der zu leistende Arbeitsumfang sich den Bedürfnissen der Menschen anpassen und nicht umgekehrt. Dabei helfen die tarifvertraglich festgelegten Wochenarbeitszeiten, das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das Flexi-Gesetz und das Altersteilzeitgesetz.

15 Allerdings spielen die Arbeitgeber immer wieder ihre Macht aus, um die Wochenarbeitszeit zu verlängern – in Zeiten der Kurzarbeit geradezu paradox und ohne Wachstum zwingend mit Stellenabbau verbunden! Um die Kluft zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen nicht noch weiter zu verschärfen, muss die Arbeit gleichmäßiger verteilt werden. Ein Mittel dazu ist die Reduzierung der Wochenarbeitszeit.

20 Das Teilzeit- und Befristungsgesetz gibt bei der persönlichen Arbeitszeit eine Einbahnstraße vor, denn es schreibt nur das Recht zur Reduzierung, nicht aber zur anschließenden Ausweitung bzw. befristeten Reduzierung vor. Hier ergibt sich Nachbesserungsbedarf.

Mit dem Wegfall der Förderung von wiederbesetzten Altersteilzeitstellen ab 2010, wurde häufig verbreitet, die Altersteilzeit gäbe es nicht mehr. Daher müssen die Arbeitnehmer informiert werden, dass das Altersteilzeitgesetz weiterhin Gültigkeit hat. Allerdings hat der einzelne Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Altersteilzeit. Auch hier besteht Nachbesserungsbedarf.

25 Die bisherigen ver.di-Initiativen

- tarifpolitisches Programm, beschlossen vom Bundestarifausschuss am 28.03.07, vom ver.di-Bundesvorstand als Diskussionsgrundlage angenommen
- arbeitspolitische Initiative "Nimm dir die Zeit"
- 30 • das Logbuch "Es ist Zeit"
- das Logbuch 2 "Perspektive neue Zeitverteilung"
- Broschüren: Arbeitszeit und Gesundheitsschutz, Arbeitszeit und Leistung, Arbeitszeit und Qualifizierung, Arbeitszeitgestaltung, lebenslauforientierte Arbeitszeit
- Mitarbeiterumfrage zur Arbeitszeit

35 müssen noch stärker in die Öffentlichkeit bzw. als Forderung an die Regierung heran getragen werden.

40 P.S.: Mit der Bundesregierung ist in diesem Zusammenhang auch zu diskutieren, ob das Bruttosozialprodukt als Gradmesser des Wachstums und Wohlstandes noch angemessen ist. Denn es wächst, wenn die Menschen krank sind und Leistungen im Gesundheitssektor abgerufen werden, es wächst, wenn Schadstoffe und Müll entsorgt werden müssen! Ehrenamtliches Engagement, Nachbarschaftshilfe und unentgeltliche Leistungen finden dagegen keinen Niederschlag im Bruttosozialprodukt.

45

Bundesfachbereichskonferenz 13

50

Empfehlung der Antragskommission

Annahme und Weiterleitung an Bundeskongress

55

Entscheidung der Bundesfachbereichskonferenz 13

wie Empfehlung

abweichend von Empfehlung